

Nr. 01 / März 2014

Kurz und bündig

Deutschland weist seit Jahren anhaltende **Leistungsbilanzüberschüsse** auf. Es wird mehr gespart als investiert. Die Auslandsforderungen wachsen.

Die späteren Krisenländer realisierten zuvor **Leistungsbilanzdefizite**, was zu einer ansteigenden Auslandsverschuldung führte.

Mittlerweile sind fast alle **Krisenländer aus der Gefahrenzone** deutlicher Leistungsbilanzdefizite **herausgewachsen** und realisieren auch Überschüsse.

Die Ursache für diesen „Erfolg“ ist zum Teil auch der Krise geschuldet. **Die sinkende Binnennachfrage korrespondierte mit einer schwachen Importentwicklung.**

Im November 2013 leitete die EU-Kommission eine „**vertiefte Überwachung**“ der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse ein.

Nicht die Exportstärke Deutschlands steht am Pranger, sondern die Nachfrage- und Wachstumsschwäche.

Die EU-Kommission, die USA und der IWF drängen Deutschland, den Leistungsbilanzüberschüssen mit einer **Stärkung der Binnennachfrage** entgegenzuwirken.

Die schwache Binnennachfrage ist **nur eine Ursache** des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts.

Die andere ist in der besonderen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sehen. Die **Spezialisierung** auf hochwertige Technologien und Branchen, die auf eine dynamisch wachsende Nachfrage außerhalb Europas trifft, erklärt die Exportstärke Deutschlands.

Der einseitige Blick in den Krisenländern auf die **Lohnstückkostensenkung** beschwört **Deflationsgefahren** herauf, die eine gefährliche Abwärtsspirale in Gang setzen könnte.

Sträflich vernachlässigt werden Investitionen, Konsum und eine aktive und gut **koordinierte europäische Industriepolitik** die letztlich nur in einem **politisch vereinten Europa** gelingt!

Deutschlands Exportstärke am Pranger!?

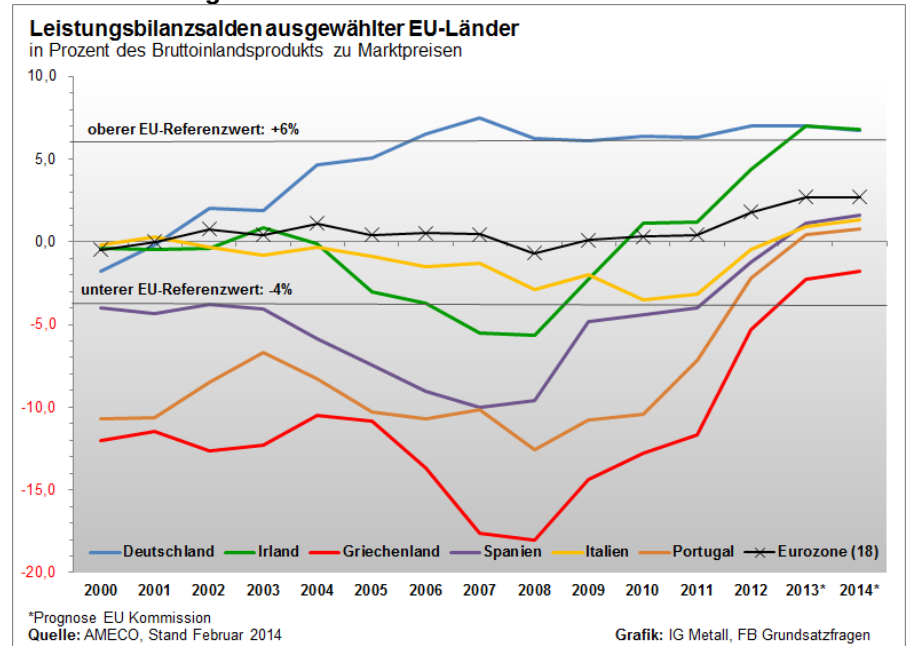
EU-Kommission leitete Ende 2013 „vertiefte Überprüfung“ ein

In regelmäßigen Abständen wird Deutschland aufgrund der Außenhandelsüberschüsse an den Pranger gestellt – zuletzt von der EU-Kommission, den USA und dem IWF. Die Kritik: Deutschland stehe wirtschaftlich heute so gut da, weil die deutsche Wirtschaft auf Kosten anderer Länder wächst und in Ländern wie Spanien oder Portugal die Arbeitslosigkeit hochtreibe. Die Leistungsbilanzüberschüsse werden als Beleg dafür herangezogen. Das Gegenargument: In Deutschland sind nicht die Exporte zu hoch, sondern die Binnennachfrage und damit Konsum und Investitionen aber auch Importe zu niedrig. Was ist dran an dieser Kritik? Was kann Deutschland dagegen tun? Welche Bedeutung haben Fortschritte auf dem Weg zu einer politischen Union Europas?

1. Der Auslöser für die aktuelle Debatte

Seit 2007 liegt der deutsche Leistungsbilanzüberschuss über den von der Europäischen Kommission festgelegten Schwellenwerten, die ein Ungleichgewicht signalisieren. Der von der EU-Kommission gesetzte Wert liegt für Überschussländer bei plus sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und für Defizitländer bei minus vier Prozent. Die Kommission sieht in einem Leistungsbilanzdefizit ein größeres Problem, daraus resultiert eine „asymmetrische“ Verteilung der Schwellenwerte.

Abb. 1: Leistungsbilanzsalden EU-Länder



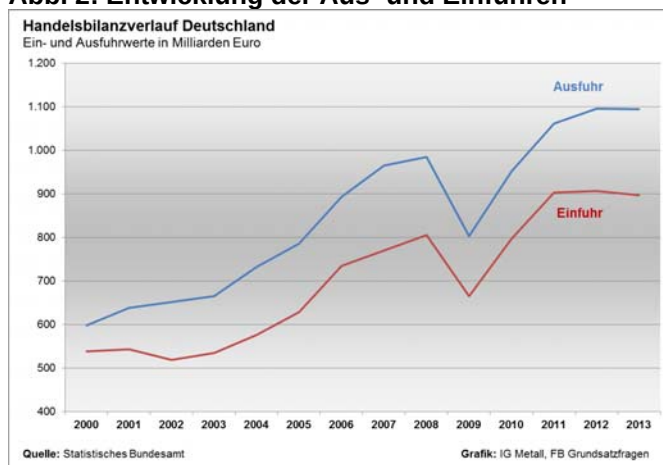
Für das Jahr 2013 erwartet die Kommission für Deutschland einen Überschuss in Höhe von sieben Prozent des BIP. Auch die Prognose für 2014 deutet darauf hin, dass der Wert kaum unterschritten wird (vgl. Abb. 1). Wie Abbildung 1 darüber hinaus verdeutlicht, weisen am aktuellen Rand die Krisenländer, außer Griechenland, einen Leistungsbilanzüberschuss aus. Aktuell lassen vorläufige Daten für Griechenland für 2013 ebenfalls einen Leistungsbilanzüberschuss erwarten. Vorläufigen Werten zufolge hat Irland ebenso wie Deutschland im vergangenen Jahr den oberen Schwellenwert überschritten. Alle anderen hier betrachteten Länder bewegen sich in dem von der EU-Kommission vorgegebenen Rahmen.

Tab. 1: Leistungsbilanz

	Grenzüberschreitende Transaktionen in Mrd. Euro	
	Januar bis Dezember 2013	Januar bis Dezember 2012
1 Ausfuhr insgesamt	1.093,90	1095,8
2 Einfuhr insgesamt	895	905,9
Saldo der		
3 Handelsbilanz (1-2)	198,9	189,8
4 Dienstleistungsbilanz	-0,2	-2,9
5 Erwerbs- und Vermögenseinkommen	67,5	64,4
6 Laufenden Übertragungen	-39,1	-36,8
7 Ergänzungen zum Außenhandel	-26,1	-27,3
8 Leistungsbilanz (3+4+5+6+7)	201,0	187,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 7. Februar 2014 - 040/14

Der Leistungsbilanzsaldo verrechnet grenzüberschreitende Transaktionen und berechnet sich im Wesentlichen aus den Salden der Handels- und Dienstleistungsbilanz, der Erwerbs- und Vermögenseinkommen und den Nettoübertragungen (vgl. Tab. 1). Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wird im Jahr 2013 der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands 198,9 Milliarden Euro betragen. Das ist der höchste Wert seit der Erhebung der Außenhandelsstatistik.

Abb. 2: Entwicklung der Aus- und Einfuhren

Der Zuwachs des Saldos resultiert vor allem aus einem Rückgang der Importe, während die Exporte im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben sind. Die

Leistungsbilanz dürfte im Jahr 2013 mit einem Überschuss von 201,0 Milliarden Euro abschließen. Im Jahr 2012 betrug der Saldo noch 187,2 Milliarden Euro.

Betrachtet man die Entwicklung der deutschen Aus- und Einfuhren, dann ist zunächst die generelle Kritik der EU-Kommission, der USA und des IWF am deutschen Leistungsbilanzüberschuss berechtigt. Im Zeitablauf wird die Schere zwischen den Aus- und Einfuhren immer größer. Aufgrund der Krise in der Eurozone ließ die Dynamik in den vergangenen zwei Jahren deutlich nach.

2. Was prüft die EU-Kommission?

„Heute hat die Kommission entschieden, eine vertiefte Prüfung für Deutschland durchzuführen.“

José Barroso, Präsident der Europäischen Kommission am 13. November 2013

Die EU-Kommission kam in ihrem dritten Warnmechanismus-Bericht über makroökonomische Ungleichgewichte zu dem Schluss, dass eine „vertiefte Untersuchung“ für Deutschland erforderlich sei, um gegebenenfalls Vorschläge für wirtschaftspolitische Maßnahmen abzuleiten (EU-Kommission, MEMO 13/970, 13. November 2013). **Nach eingehender Überprüfung kam die EU-Kommission Anfang März 2014 zu dem Ergebnis, dass kein übermäßiges Ungleichgewicht vorliegt.**

Die dauerhaften Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands dokumentieren seit Jahren, dass sich die Binnen- nachfrage schwach entwickelte. Es wird mehr gespart als investiert. Deutschland sieht sich deswegen seit einiger Zeit der **Kritik der USA und des IWFs** ausgesetzt, die verlangt, dass die Politik **für mehr Nachfrage im Inland** sorgen soll. Darüber würde Deutschland auch mehr importieren und somit den Leistungsbilanzüberschuss abbauen.

Die Anpassungslasten der Leistungsbilanzungleichgewichte, die zurzeit deutlicher auf den Defizitländern ruhen, könnten so auf mehrere Schultern verteilt werden, so die Argumentation. Die ungleiche Verteilung der Anpassungslasten ist auch Folge der asymmetrischen Richtwerte für das Vorliegen eines Ungleichgewichts, denn bereits bei einem Leistungsbilanzdefizit von minus vier Prozent des BIPs wird von einem makroökonomischen Ungleichgewicht ausgegangen. Während erst bei einem Überschuss von sechs Prozent des BIPs ein Ungleichgewicht festgestellt wird.

Die Asymmetrie zeigt sich schließlich in den Handlungsempfehlungen der EU-Kommission. Während die Krisenstaaten mit Lohnsenkungsforderungen konfrontiert sind, die bereits durchgesetzt wurden, handelt es sich bei den Maßnahmen für Deutschland um reine Empfehlungen hinsichtlich der Steuerpolitik und angebotsseitigen Maßnahmen.

So fordert die Kommission, die auf Niedriglöhne erhobenen hohen Steuern und Sozialabgaben zu verringern (vgl. Rat der Europäischen Union, 2013, S. 6 und European Commission, 2013, S. 7). Eine Erhöhung des (Brutto-) Lohnniveaus in Deutschland wurde dagegen von der EU-Kommission bislang nicht verlangt.

Die vertiefte Analyse soll Erkenntnisse über die konkreten Gründe für die Leistungsbilanzüberschüsse liefern, um – sofern erforderlich – wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ableiten zu können. Bereits im Rahmen des Europäischen Semesters 2013 empfahl der Ministerrat Deutschland, das verfügbare Einkommen zu fördern, um die Binnennachfrage zu stützen und zwar z. B. „... durch eine Senkung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere für Geringverdiener“ (Europäische Kommission MEMO/13/2013, S. 8). Empfohlen wurden außerdem Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik, um den Ausbau der Energienetze zu beschleunigen, denn auch Infrastrukturinvestitionen begünstigen das Wachstum und tragen über eine Steigerung der Binnennachfrage zu einer Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses bei.

Die Vorschläge machen deutlich, dass es bisher und vermutlich auch bei der aktuellen „vertieften Überprüfung“ **nicht darum geht**, die Leistungsbilanzüberschüsse über eine **Senkung der Exporte** zu erreichen, und schon gar **nicht darum, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu schwächen**. Vielmehr soll die Wachstumsschwäche in Deutschland und der Eurozone überwunden werden durch eine Stimulierung der Binnennachfrage. Durch eine **Erhöhung der Importe**, soll die klaffende Lücke in der Leistungsbilanz geschlossen werden.

Hätte sich am Ende des EU-Prüfverfahrens herausgestellt, dass ein „schweres“ makroökonomisches Ungleichgewicht vorliegt, kann die Kommission empfehlen, dass der ECOFIN-Rat gegen Deutschland ein Verfahren einleitet. In diesem Fall wären auch finanzielle Sanktionen möglich (bis zu 0,1 Prozent des BIP, das wäre bezogen auf das Jahr 2012 ein Betrag in Höhe von 2,645 Milliarden Euro gewesen). Sanktionen stehen allerdings nur dann an, wenn es (wiederholt) versäumt wird, einen ausreichenden Korrekturmaßnahmenplan vorzulegen oder die vorgeschlagenen Maßnahmen zu ergreifen.

3. Warum sind Leistungsbilanzungleichgewichte problematisch?

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone gelten als ernsthaftes Problem, weil sie zeigen, dass sich die Mitgliedsländer in den Jahren nach Gründung der Währungsunion ökonomisch auseinanderentwickelten. Das erschwert unter anderem die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die sich an der durchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung ausrichten muss. Folglich ist die Geldpolitik für Länder, die in einer konjunkturell günstigen Lage sind, zu „locker“ (die

Zinssätze zu niedrig) und in Ländern, die in einer schlechteren Verfassung sind, zu restriktiv (die Zinssätze zu hoch). Die Geldpolitik verstärkt auf diese Weise die Ungleichgewichte.

Abgesehen von den Vorschlägen zu Korrekturmaßnahmen durch die EU-Kommission bleibt es den jeweiligen Mitgliedsländern überlassen, mit den Ungleichgewichten umzugehen. Es fehlt eine gemeinsame Fiskalpolitik. Ein zentraler Konstruktionsfehler der Währungsunion! Krisenländer, die in den Jahren vor Krisenausbruch zunehmend Leistungsbilanzdefizite aufgebaut haben, kämpfen nun mit hoher Arbeitslosigkeit und müssen die soziale Notlage der Menschen selbst bewältigen, während prosperierende Länder durch eine niedrige Arbeitslosigkeit begünstigt sind.

Insbesondere die Länder, die gravierend an den Auswirkungen der Finanzkrise zu leiden hatten und haben, wiesen in den Jahren vor Ausbruch der Krise zunehmende Leistungsbilanzdefizite aus (vgl. Abb.1). Defizite ergeben sich, wenn aus dem Ausland mehr Leistungen bezogen als abgegeben werden. Diese Entwicklung geht einher mit einer zunehmenden Auslandsverschuldung der Defizitländer. In den Überschussländern steigen die Auslandsforderungen.

Flexible **Wechselkurse** tragen im Idealfall dazu bei, dass außenwirtschaftliche Ungleichgewichte beseitigt werden, denn die Währung der Defizitländer wertet ab und die Währung der Überschussländer wertet auf. Damit verbessert sich die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der Defizitländer gegenüber den Überschussländern. Es kann mehr exportiert werden. In einer Währungsunion muss das **Preisniveau** der Defizitländer relativ zum Preisniveau der Länder mit Leistungsbilanzüberschuss fallen. Dann würde die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der Defizitländer steigen, es würden (relativ) mehr Güter exportiert und weniger importiert. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist aber nur eine Erklärung für eine günstige Exportentwicklung. Auch die Qualität und die Art der Produkte entscheiden über den Exporterfolg.

Vorübergehende Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen sind unproblematisch. Anhaltende längerfristige strukturelle Ungleichgewichte verursachen aber gravierende Probleme. Das gilt nicht nur für die Defizitländer, sondern auch für die Überschussländer. Für diese stellen sie einen permanenten Kapitalexport dar, z. B. in Form von Krediten und Direktinvestitionen im Ausland. Die inländischen Ersparnisse sind höher als die inländischen Investitionen, das heißt im Inland wird zu wenig investiert. Kapitalexporte sind nicht grundsätzlich „schlecht“. Problematisch wird es dann, wie in der Finanzkrise geschehen, wenn eine fehlende Regulierung der Finanzmärkte dazu führt, dass Risiken unterschätzt werden. Infolgedessen kommt es zu Fehlinvestitionen und damit zu Wohlfahrtsverlusten, denn risikoärmere inländische Investitionen im industriellen Sektor wären bei zutreffenderer Risikoeinschätzung rentabler und wertbeständiger gewesen, weil sie weniger anfällig für spekulative Einflüsse sind.

Nicht nur zunehmende Kapitalexporte stellen ein Problem für ein Überschussland dar, sie sind auch Spiegelbild einer zunehmenden Exportabhängigkeit. Sollte eine Krise in den Defizitländern auftreten, überträgt sie sich sehr leicht auf die Überschussländer. Das geschieht einerseits über Forderungsausfälle, die zu Wertminderungen des Finanzvermögens und Abschreibungen von Direktinvestitionen führen. Und andererseits dämpfen in Folge der Krise reduzierte Importe des Krisenlandes die Exporte und damit das Wachstum des Überschusslandes und beeinträchtigen dort die Beschäftigungslage.

Abb. 3: Leistungsbilanzsaldo Deutschland¹

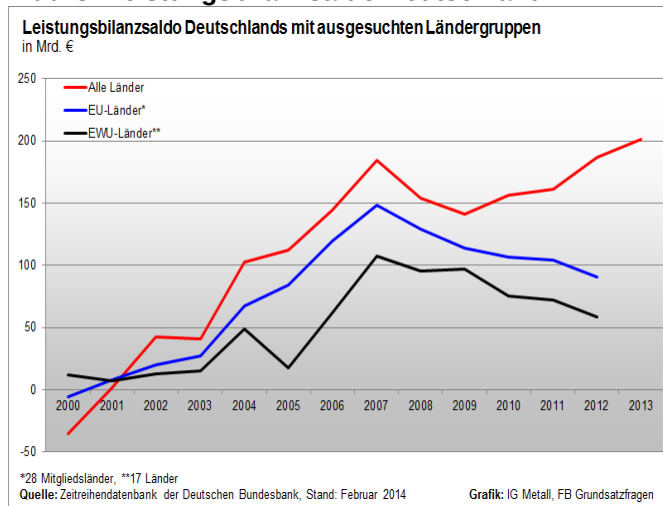


Abbildung 3 zeigt sehr deutlich, dass in etwa seit Beginn der Währungsunion bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 die Leistungsbilanz Deutschlands zunehmend in Schieflage geriet, da insbesondere gegenüber den Mitgliedsländern der Währungsunion (EWU-Länder; schwarze Linie) Überschüsse aufgebaut wurden. Nach einem krisenbedingten Einbruch in den Jahren 2008 und 2009 (alle Länder, rote Linie) wies die Leistungsbilanz im Jahr 2012 erneut einen beträchtlichen Überschuss von ca. 187 Milliarden Euro auf. Zugleich wird aber in dieser Darstellung deutlich, dass der rückläufige Überschuss gegenüber den Mitgliedsländern der Währungsunion (schwarze Linie) ab 2009 durch zunehmende Überschüsse gegenüber dem außereuropäischen Raum ausgeglichen wurde (alle Länder, rote Linie steigt seit 2009). Folglich stellen die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands immer weniger ein Ungleichgewicht **innerhalb** der Währungsunion dar.

Allerdings ist dies kein Grund zur Entwarnung. Leistungsbilanzüberschüsse, die Deutschland und zunehmend auch die bisherigen Defizitländer gegenüber Ländern außerhalb der Währungsunion aufbauen, gehen einher mit einer Aufwertung des Euros. Da die Waren i.d.R. in Euro bezahlt werden müssen, steigt die Nachfrage nach Euro auf den Devisenmärkten. Auf diese Weise steigt der Druck auf die exportschwachen Mitglieder der Währungsunion, da die **preisliche Wettbe-**

werbsfähigkeit der Produkte dieser Länder aufgrund des starken Euros leidet. So könnte eine gefährliche Abwärtsspirale der Löhne und Preise in Gang gesetzt werden, die die Binnennachfrage immer weiter schwächt (Deflationsgefahr). Zudem geht der außenwirtschaftliche „Erfolg“ zu Lasten außereuropäischer Handelspartner, wie z.B. den USA, die ihre Kritik immer deutlicher artikulieren.

Die „Verbesserung“ der Leistungsbilanzen der Krisenländer ist zum Großteil konjunktur- und damit auch krisenbedingt und gründet nicht auf einer verbesserten **preislichen** Wettbewerbsfähigkeit. Die deutlichsten Erfolge in der Verbesserung der Exportstatistik haben Italien und Spanien verzeichnet (gelb/lila, Abb. 4). Zugleich wurde die „Verbesserung“ der Leistungsbilanz aber eben auch von einem deutlichen krisenbedingten Einbruch des Imports unterstützt (vgl. Abb. 5). Griechenland „verbesserte“ seine Situation ab 2008 fast ausschließlich aufgrund krisenbedingter rückläufiger Importe. Mit der sinkenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gingen auch die Importe zurück.

Abb. 4: Exportentwicklung Krisenländer

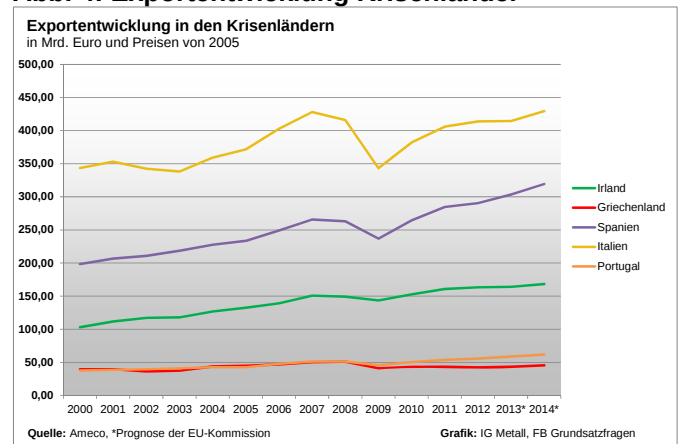
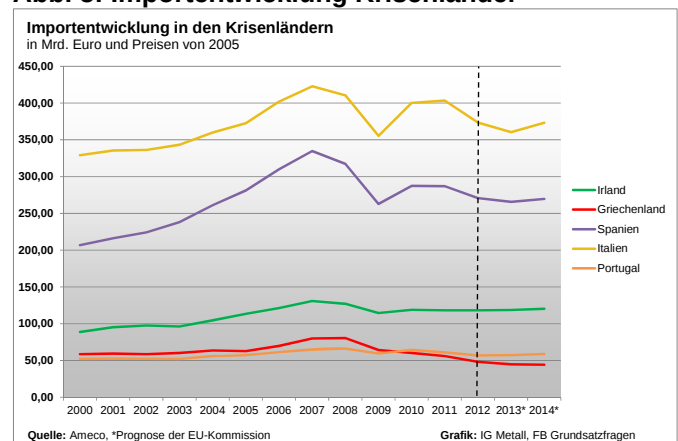


Abb. 5: Importentwicklung Krisenländer



Wir wollen im Folgenden einen detaillierten Blick auf die **Struktur des deutschen Außenhandels** werfen. Wo liegen die Hauptabsatzgebiete deutscher Waren, welches sind die wichtigsten Empfängerländer und woher beziehen wir unsere Importe? So können wir die Frage beantworten, welche Länder von einer gestärkten Binnen- und Importnachfrage Deutschlands am meisten

¹ Die Jahreswerte 2013 zum Leistungsbilanzsaldo nach Ländern differenziert lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

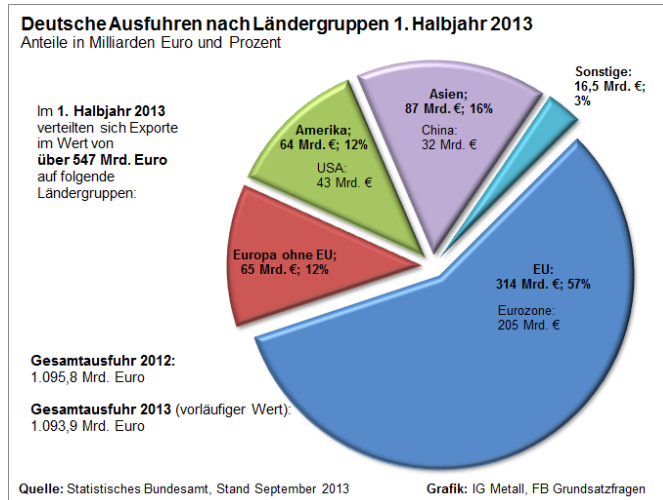
profitieren würden. Darüber hinaus bedienen wir uns einer Wertschöpfungsbetrachtung deutscher Exporte, um eine Antwort auf die Frage zu geben, welche Länder an der deutschen Exportstärke teilhaben.

4. Außenhandelsstruktur Deutschlands

Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2013 Waren im Wert von 547 Milliarden Euro exportiert.² Die vorläufigen Ergebnisse bestätigen: Der Jahreswert 2012 in Höhe von 1,1 Bill. Euro wurde auch für das Gesamtjahr 2013 in etwa wieder erreicht (Vgl. Abb. 6).

Die Exportquote (Exporte/BIP) weist im Jahr 2012 das Rekordniveau von 41,5 Prozent aus. D.h. Deutschland exportiert Waren im Wert von über 40 Prozent des BIP. Im Jahr 1999, also im ersten Jahr der Währungsunion, lag der Wert noch bei 25,5 Prozent. Die Halbjahreswerte 2013 bilden die Außenhandelsstruktur Deutschlands ab, die sich auch im Jahreswert 2012 in etwa wiederfindet. Knapp 60 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen in die Europäische Union. 37,5 Prozent der gesamten Ausfuhren liefert Deutschland an Mitgliedsländer der Eurozone. Insgesamt 16 Prozent macht der Anteil aus, der nach Asien exportiert wird. China ist darunter mit 32

Abb. 6: Ausfuhr Deutschlands nach Ländern

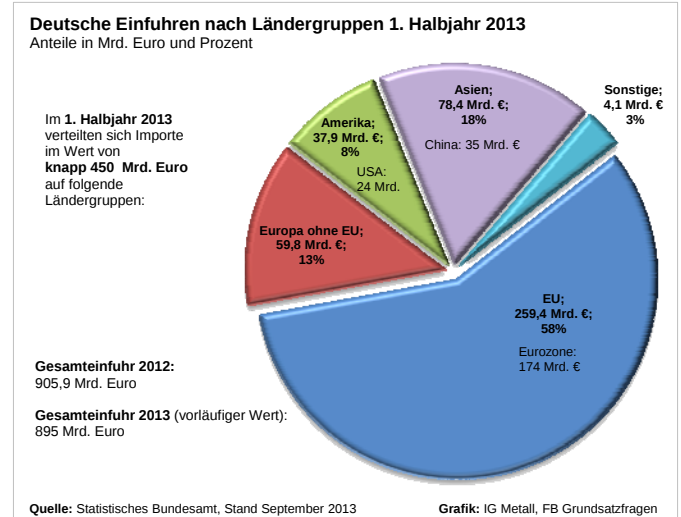


Milliarden Euro (5,9 Prozent des Gesamtexportwerts) vertreten. Weitere zwölf Prozent entfallen auf Länder Europas außerhalb der EU. Ebenso stark sind Lieferungen nach **Amerika** mit zwölf Prozent. 7,7 Prozent wurden im ersten Halbjahr 2013 in die **USA** exportiert.

Die enge Außenhandelsverflechtung Deutschlands mit anderen europäischen Staaten prägt auch das Bild der Einfuhrstruktur (Abb. 7). Waren im Wert von knapp 450 Milliarden Euro wurden im ersten Halbjahr 2013 eingeführt. Im Gesamtjahr 2012 betrug der Einfuhrwert 905,9 Milliarden Euro. Für 2013 wird ein Einfuhrvolumen in Höhe von 895 Milliarden Euro erwartet. Auch hier domi-

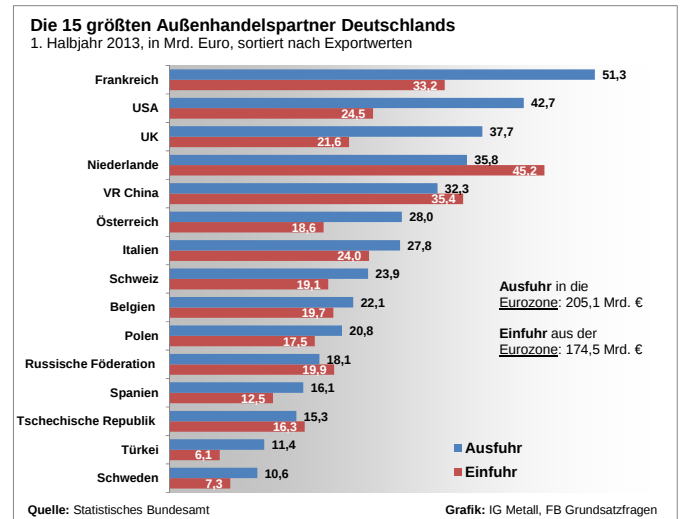
nieren Einfuhren aus der Europäischen Union einschließlich der Eurozone mit 58 Prozent. Asien ist die Region, die außerhalb Europas mit 18 Prozent der Einfuhren den höchsten Anteil auf sich vereinigt. 13 Prozent der Einfuhren bezieht Deutschland aus europäischen Ländern außerhalb der EU.

Abb. 7: Einfuhren Deutschlands nach Ländern



Wie in den vergangenen Jahren führt Frankreich gemessen anhand der Ausfuhranteile die Rangliste der wichtigsten Außenhandelspartner an (Abb. 8). 51,3 Milliarden Euro des Ausfuhrwertes erzielten deutsche Exporteure im **ersten Halbjahr 2013** in Frankreich.

Abb. 8: Die wichtigsten Außenhandelspartner Deutschlands

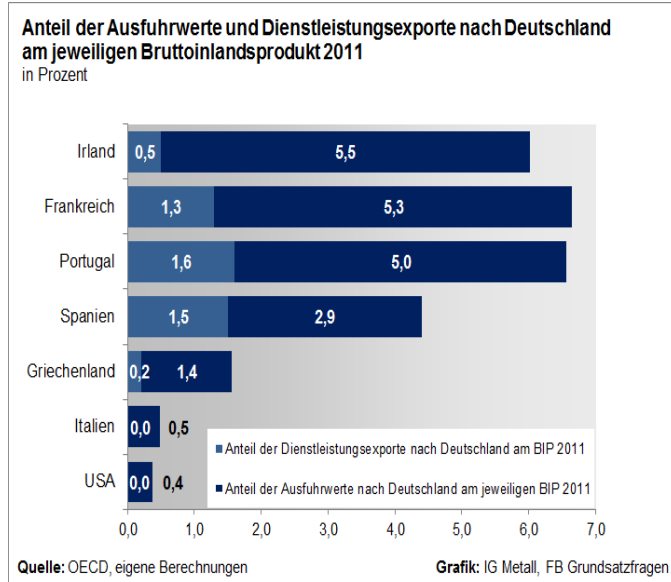


Die USA sind die zweitwichtigste Zielregion deutscher Ausfuhren, gefolgt von Großbritannien und den Niederlanden (bedingt durch den Überseehafen in Rotterdam). Von den Krisenländern der Europäischen Währungsunion sind Italien und Spanien im ersten Halbjahr 2013 unter den wichtigsten 15 Außenhandelspartnern Deutschlands gelistet, mit einem Ausfuhrwert von rund 28 und 16 Milliarden Euro. Italiens Ausfuhren nach Deutschland wurden mit einem Wert von 24 Milliarden Euro erfasst. Spaniens Ausfuhren nach Deutschland summierten sich im ersten Halbjahr 2013 auf 12,5 Milli-

² Da der Dezemberwert für die Ausfuhren nach Ländern zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht vorlag, müssen wir auf eine Jahresbetrachtung 2013 verzichten. An der strukturellen Aufteilung der Exporte ändert dies aber kaum etwas.

arden Euro. Die Rangfolge des ersten Halbjahres 2013 weicht nur geringfügig vom Ranking des **Gesamtjahres 2012 ab**.

Abb. 9: Anteil der Waren- und Dienstleistungsexporte nach Deutschland am jeweiligen BIP der Krisenländer im Jahr 2011



Exporte nach Deutschland haben für die Handelspartner Deutschlands unterschiedliche Bedeutung, gemessen anhand deren Anteile am jeweiligen BIP im Jahr 2011 (Abb. 9). Wir wollen uns die Bedeutung deutscher Waren- und Dienstleistungsexporte für die beiden wichtigsten Handelspartner Deutschlands Frankreich und die Vereinigten Staaten sowie für die Krisenländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien daraufhin genauer anschauen.

Für Frankreich spielt Deutschland gemessen am Ausfuhranteil von Waren und Dienstleistungsexporten eine große Rolle. Insgesamt 6,6 Prozent des BIP erwirtschafteten die Franzosen im Jahr 2011 durch Transaktionen mit Deutschland. Länder, die nicht zu den 15 größten Außenhandelspartnern Deutschland gehören, erwirtschaften aber dennoch einen großen Teil ihrer Erzeugnisse durch den Handel mit Deutschland. Dazu gehören Irland (6 Prozent) und Portugal (6,6 Prozent). Auch für Spanien (4,4 Prozent) ist der Waren- und Dienstleistungsexport nach Deutschland von Bedeutung. Eine geringere Bedeutung hatten die Warenausfuhren und Dienstleistungsexporte von Griechenland, Italien und den USA nach Deutschland, gemessen anhand ihres Anteils am jeweiligen BIP.

Die Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland und damit auch der Importe würde vor allem den nördlichen Kernländern nutzen, die unter den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands zu finden sind. Aber hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Exportanteile am BIP der jeweiligen Länder könnten maßgeblich auch Irland, Portugal und Spanien davon profitieren. Eine Erhöhung deutscher Waren- und Dienstleistungsimporte aus den USA müsste allerdings schon sehr deutlich sein, um eine

merkliche Wirkung auf das BIP-Wachstum in den Vereinigten Staaten zu haben.

Was in der Außenhandelsstatistik nicht zum Ausdruck kommt, ist die zunehmende globale Verflechtung der Wertschöpfungsketten im Vorleistungsbereich. Dafür muss man sich die ausländischen Wertschöpfungsanteile an deutschen Exporten anschauen. Höhere deutsche Exporte führen auch zu einer Zunahme vorgelagerter ausländischer Wertschöpfung. Auf diese Weise könnten ausländische Handelspartner am florierenden deutschen Export teilhaben. Wir wollen dieser in letzter Zeit zunehmend in die Debatte eingebrachten Argumentation auf den Grund gehen.

5. Wer profitiert von der „Exportorientierung“ Deutschlands?

Die Kritik an der „Exportorientierung“ Deutschlands sowie die Kriterien für die Diagnose eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts im Rahmen der Überwachung durch die EU-Kommission basieren auf Export- und Importwerten der Außenhandelsstatistik. Häufig wird als Gegenargument angeführt,

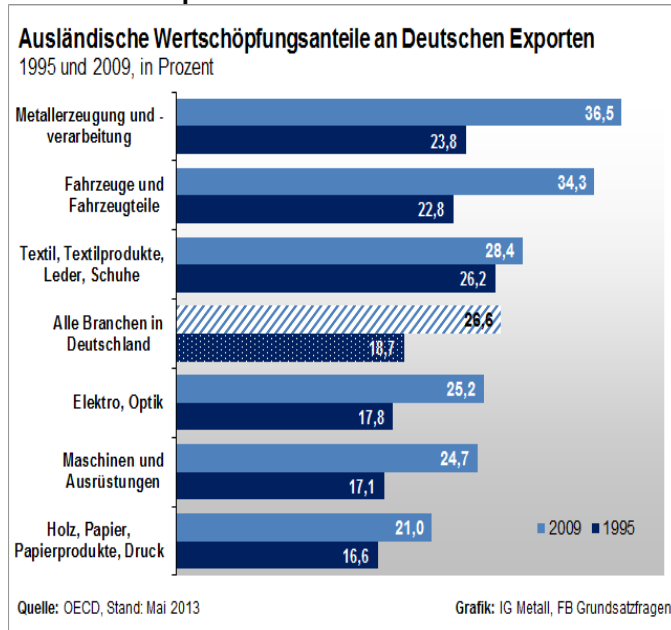
1. dass deutsche Exporte auch ausländische Wertschöpfung (ausländische Lohn- oder Kapitaleinkommen und Steuereinnahmen ausländischer Staaten) enthält, die bei der Erstellung von im Ausland hergestellten Zwischenprodukten (Produkte und Dienstleistungen) entstanden ist. Somit profitieren von der Exportleistung Deutschlands auch die Beteiligten an der gesamten vorgelagerten ausländischen Wertschöpfungskette.
2. dass unter Berücksichtigung der ausländischen Wertschöpfungsanteile die **bilateralen** Leistungsbilanzüberschüsse bzw. Exportüberschüsse Deutschlands insbesondere mit den Euro-Krisenländern geringer ausfielen und eine Kritik daran deshalb nicht angebracht sei.

Wir folgen dieser Argumentation und prüfen, in welchem Umfang in deutschen Exporten ausländische Wertschöpfungsanteile eingehen, um ermessen zu können, ob die Kritik an den Handelsbilanzüberschüssen dadurch abgeschwächt werden kann. Seit Frühjahr 2013 stellt die OECD eine Datenbank zur Verfügung, mit deren Hilfe ausländische Wertschöpfungsanteile an Exporten ermittelt werden können. Die aktuellsten Werte der Datenbank stammen aus dem Jahr 2009.

Der Anteil ausländischer Wertschöpfungsanteile an deutschen Exporten erreichte im Jahr 2009 einen Wert von knapp 27 Prozent. 27 Prozent des deutschen Exportwertes des Jahres 2009 entfielen somit auf ausländische Zwischenprodukte (Produkte und Dienstleistungen). Somit beträgt der deutsche Wertschöpfungsanteil an deutschen Exporten etwa 73 Prozent. Im Jahr 1995 belief sich der ausländische Anteil auf nur knapp 19 Prozent. Im Zeitraum von etwa 14 Jahren stieg somit

der ausländische Wertschöpfungsanteil um acht Prozentpunkte.

Abb. 10: Ausländische Wertschöpfungsanteile an deutschen Exporten



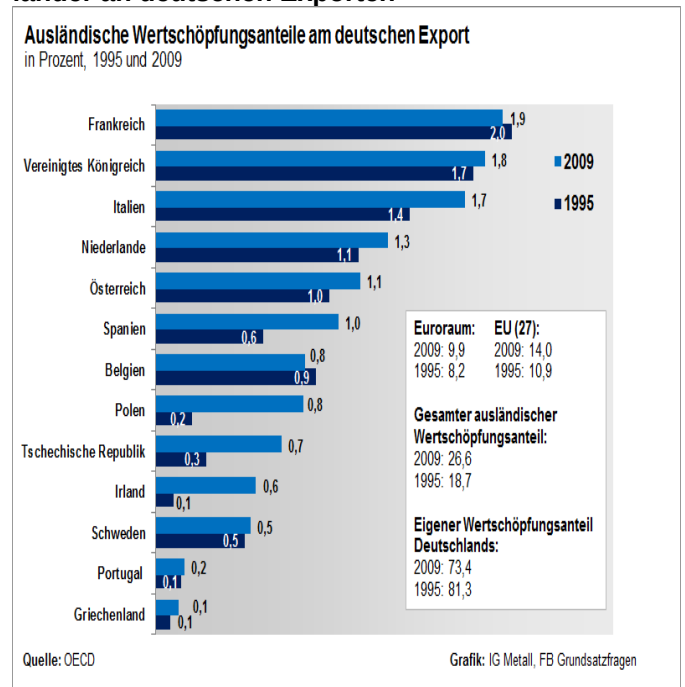
Der höchste ausländische Wertschöpfungsanteil geht mit 36,5 Prozent in Güter der Metallerzeugung und -verarbeitung ein (Abb. 10). Im Zeitraum 1995 bis 2009 stieg dieser Anteil auf 23,8 Prozent, was einem Anstieg um 13,7 Prozentpunkte entspricht. Auch in der Branche Fahrzeuge und Fahrzeugteile fließt zunehmend ausländische Wertschöpfung ein. Der Anteil betrug im Jahr 2009 in etwa ein Drittel (34,3 Prozent). Die Branchen Elektro/Optik sowie Maschinen/Ausrüstungen beinhalten zu etwa einem Viertel ausländische Wertschöpfungsanteile. Das entspricht in etwa dem Durchschnittswert über alle Branchen. Den niedrigsten ausländischen Wertschöpfungsanteil enthalten Produkte der Branche Holz, Papier, Papierprodukte und Druck.

Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft nutzt vor allem den EU-Kernländern Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande und Österreich und zunehmend auch Polen und der Tschechischen Republik; weniger allerdings den bisherigen Krisenländern der Eurozone außer Italien (Abb. 11). Ihre Wertschöpfungsanteile an deutschen Exporten sind gering und bewegten sich im Jahr 2009 zwischen 0,1 (Griechenland) und 1,7 Prozent (Italien).

Die Betrachtung der ausländischen Wertschöpfungsanteile am deutschen Export zeigt aber auch, dass die Europäische Union (2009: 14 Prozent) und der Euroraum (2009: 9,9 Prozent) einen Großteil ausländischer Wertschöpfungsanteile auf sich vereinigen mit steigender Tendenz. Sie partizipieren zunehmend auch am deutschen Export. Zwar stieg ihr Anteil zwischen 1995 und 2009, da aber der deutsche Eigenwertschöpfungsanteil im gleichen Zeitraum sank, profitierten vermehrt Länder außerhalb der EU von den zusammenwachsenden, vorgelagerten Wertschöpfungsstufen.

Wie würden sich die Nettoexporte (der Saldo aus Exporten und Importen) Deutschlands gegenüber den vier Krisenländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien darstellen, würde man Wertschöpfungsströme zugrunde legen? Nach einer Studie des ifo-Instituts vom März 2013 fallen tatsächlich die deutschen **Nettowertschöpfungsexporte** in die Krisenländer geringer aus als die **Nettoexporte aus der Handels- und Dienstleistungsbilanz**. Die Überschüsse gegenüber diesen Staaten fallen insgesamt relativ gering aus, da die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und ihnen im europäischen Vergleich im Vorkrisenjahr 2007 einen geringeren Umfang einnehmen. Der Nettoexport betrug in 2007 2,5 Prozent des deutschen BIP. Der **Nettowertschöpfungsexport** Deutschlands dorthin belief sich im selben Jahr auf nur zwei Prozent des BIP (vgl. ifo-Schnelldienst 5/2013, S. 38).

Abb. 11: Wertschöpfungsanteile der wichtigsten europäischen Außenhandelspartner und der Krisenländer an deutschen Exporten



Insgesamt stellen wir fest: Von einem hohen **Exportwert** Deutschlands können die (bisherigen) Defizitländer im Vergleich zu den EU-Kernländern nur wenig profitieren, da ihr **Wertschöpfungsanteil** gering ist. Es besteht nur eine geringe Vorleistungsverflechtung. Eine gewisse Bedeutung haben jedoch die **Importwerte** Deutschlands vor allem aus Irland, Portugal und Spanien gemessen an deren Anteil am jeweiligen BIP der Länder. Mehr Importe Deutschlands würden sich durchaus an einem höheren BIP-Wachstum dieser Länder bemerkbar machen (Abb. 9).

Perspektivisch könnte in einem integrierten Binnenmarkt Europas eine stärkere Verknüpfung der vorgelagerten Wertschöpfungsstufen auch mit den südlichen Mitgliedsländern verwirklicht werden. Dazu bedarf es allerdings einer entschlosseneren gemeinsamen europäischen Industriepolitik z.B. bei der Ansiedlungsförderung

von entsprechenden Branchen/Unternehmen im Bereich der nachhaltigen Energie- und Verkehrsindustrie. Ansätze für alternative Lösungen zur Beseitigung der anhaltenden deutschen Leistungsüberschüsse lassen sich nur finden, wenn wir uns vertieft mit deren Ursachen befassen. Wir gehen auf die Entwicklung der **preislichen Wettbewerbsfähigkeit** ein, wollen aber dabei den Blick schwerpunktmäßig auf andere Einflussgrößen lenken, die bisher nur wenig in den Debatten beachtet wurden.

6. Worauf lassen sich die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands zurückführen?

Die seit Jahren anhaltende Debatte über die Ursachen der Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands, die nun in die „vertiefte“ Analyse der EU-Kommission mündet, begann Anfang 2010 mit der prominenten Kritik Christine Lagardes, zum damaligen Zeitpunkt noch Finanzministerin Frankreichs, an der **schwachen Lohnentwicklung in Deutschland, die auf Kosten der europäischen Handelspartner** die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert habe.

Der Vorwurf des „Lohndumpings“ machte die Runde. Das exportorientierte Wachstum Deutschlands würde die Stärkung der Binnennachfrage vernachlässigen, worunter die Exporte der Handelspartner leiden.

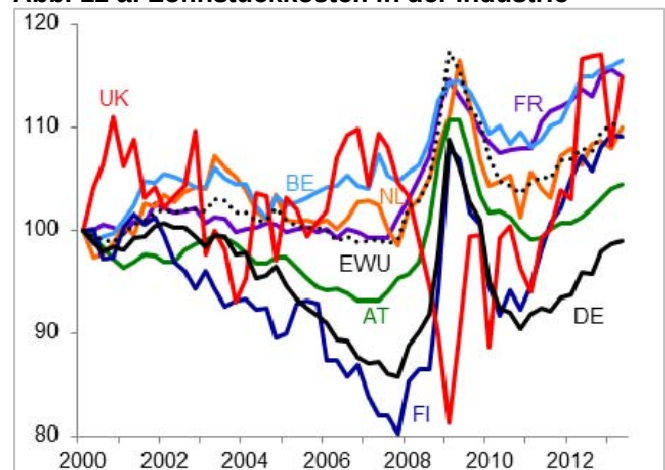
Tatsächlich entwickelten sich **die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten Deutschlands** seit Beginn der Währungsunion im Vergleich zur gesamten Eurozone schwächer bzw. sanken deutlich, während der Entwicklungspfad für die Krisenländer eine stärkere Dynamik verzeichnete. Das gilt auch für die Industriebranchen und damit die Branchen, die die Exportstärke Deutschlands ausmachen (vgl. Abb. 12a). Nach dem vorübergehenden krisenbedingten Anstieg mit anschließendem Absturz in den Jahren 2008-2010 steigen die **deutschen industriellen Lohnstückkosten** seit 2011 wieder an. Sie nähern sich aber nur langsam dem Entwicklungspfad der Europäischen Währungsunion an, da auch die Lohnstückkosten anderer Mitgliedsländer zulegen. Während andere Mitgliedsländer längst (wieder) das Lohnstückkostenniveau von 2000 überschritten haben, erreichten die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie diesen Wert erst wieder im vergangenen Jahr.

Insofern begünstigte die Entwicklung der vergangenen Jahre die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieprodukte**. Darüber hinaus schwächte die **gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte** die Dynamik der Binnennachfrage und auch der Importe.

Nach Krisenausbruch kam es zu einem deutlichen Rückgang der Lohnstückkosten vor allem in Spanien und Irland (vgl. Abb. 12b). In Italien stagnieren die Löh-

ne in etwa seit 2009. Die Lohnstückkosten in Griechenland sind nach einem kurzen Anstieg zwischen 2009 und 2010 im Jahr 2011 wieder auf das Niveau von 2009 zurückgefallen. Sinkende Lohnstückkosten wurden aber nicht vollständig an die Exportpreise weitergegeben. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder verbesserte sich folglich nicht. Das Ziel des Lohndrucks wurde verfehlt. Vielmehr stiegen die Gewinnmargen (vgl. IMK Report 88, 2013, S. 18). Ein Zuwachs der Binnennachfrage aber auch des Außenabsatzes kann daraus kaum folgen. Aus den steigenden Gewinnmargen werden bei schwächelndem Umsatz kaum vermehrt Investitionen resultieren. Das erschwert den Weg aus der Krise.

Abb. 12 a: Lohnstückkosten in der Industrie



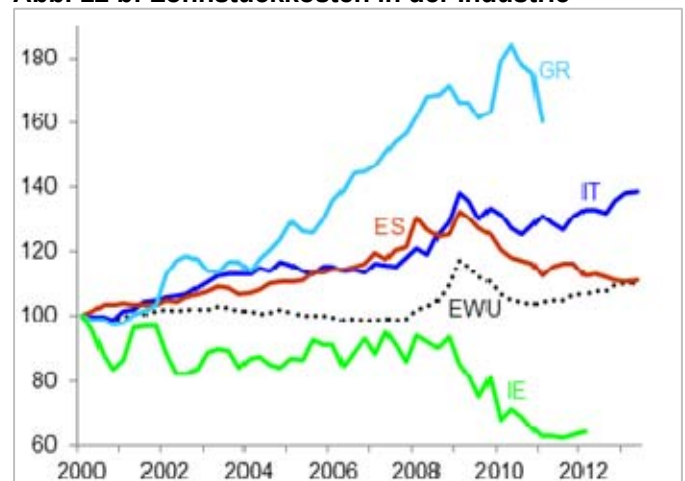
AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, EWU = Europäische Währungsunion, FI = Finnland, FR = Frankreich, NL = Niederlande, UK = Vereinigtes Königreich.
1 Lohnstückkosten auf Personenbasis.

Die Berechnung erfolgte für alle Länder in Euro.

Quelle: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 08.10.2013).

Quelle: IMK-Report 88, 2013, S. 16

Abb. 12 b: Lohnstückkosten in der Industrie



ES = Spanien, EWU = Europäische Währungsunion, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien,

1 Lohnstückkosten auf Personenbasis.

Die Berechnung erfolgte für alle Länder in Euro.

Quelle: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 08.10.2013).

Quelle: IMK-Report 88, 2013, S. 16

Tab. 2: Deutschlands sektorale Exportanteile und komparative (relative) Wettbewerbsvorteile im globalen Handel (RCA-Koeffizienten, 2007)

Sektorcode (Isic Rev. 3)	Sektorbezeichnung	Exportanteil (in Prozent)	RCA-Koeffizient	Rang	Anteil Wertschöpfungsexport (in Prozent)	RCA Koeffizient (Wertschöpfung)	Rang
E	Energie- und Wasserversorgung	1,04	2,58	1	2,41	1,15	13
34+35	Fahrzeugbau	19,98	1,9	2	9,41	2,06	2
29	Maschinenbau	12,81	1,85	3	8,78	2,19	1
21+22	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3,32	1,73	4	2,63	1,4	8
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	3,27	1,54	5	2,44	1,45	7
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	11,4	1,37	6	6,24	1,34	9
27+28	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	10,43	1,23	8	7,81	1,23	11
30+33	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten u. -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	12,67	0,9	12	8,65	1,26	10

Legende: RCA = Revealed Comparative Advantage (Werte > 1 bedeuten, dass der deutsche Sektoranteil dieser Branchen am deutschen Export größer ist als der gesamte Branchenanteil am Welthandel. Dies deutet auf eine Spezialisierung und damit auch auf einen Wettbewerbsvorteil hin).

Quelle: Auszüge aus ifo Schnelldienst 5/2013 – 66. Jahrgang – 14. März 2013, S. 40

Inzwischen liegen zahlreiche Untersuchungen vor, die sich differenzierter mit den Hintergründen der deutschen Exportstärke und des Leistungsbilanzüberschusses befassen und ein anderes Licht auf deren Ursache werfen.

So kam beispielsweise eine Untersuchung der EU-Kommission bereits im Jahr 2012 zu dem Ergebnis (EU-Kommission, 2012, S. 12 ff):

1. Die strukturelle **Schwäche der Binnennachfrage** in den Überschussländern, darunter auch Deutschland, verhinderte, dass die Importe stiegen.

Aber zwei andere Einflüsse waren noch stärker:

2. Der größte (makroökonomische) Erklärungsbeitrag für das Anwachsen der Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite ist in der **Angleichung der Zinssätze** und der Beseitigung der länderspezifischen Risikozuschläge in den peripheren Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion sowie in der Beseitigung von Kreditbeschränkungen zu finden. Die **kreditfinanzierte Binnennachfrage** in den (späteren) Krisenländern **zog** durch die sinkenden Realzinsen **an**. Dadurch wurde ein **Boom auf den Vermögens- und Immobilienmärkten** dieser Länder ermöglicht. Kapital wurde von den Überschussländern in die Peripherie geschleust. Diese Erklärung habe ein größeres Gewicht als die Lohnzurückhaltung und die Arbeitsmarktreformen in Deutschland;

3. **Auch Entwicklungen außerhalb des europäischen Währungsraums** haben einen großen Einfluss auf interne Ungleichgewichte. Dazu zählen die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik von Schwellenländern, die Erweiterung der EU, Verwendung des Einkommens von ölproduzierenden Ländern sowie Veränderungen in der Struktur der globalen Nachfrage. Dies begünstigte vor allem die **Kernländer** der EU aufgrund ihrer Branchenspezialisierung z.B. auf den Fahrzeug- und Maschinenbau und aufgrund ihrer geografischen Ausrichtung der Exporte. Die Exporterfolge durch die Wettbewerbsfähigkeit der Überschussländer werteten den Euro auf und verschlechterten somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer, deren Exporte aufgrund ihrer Güterstruktur empfindlicher auf Änderungen des nominalen Wechselkurses reagieren.

Insgesamt stützt dieses Ergebnis unsere Bewertung der Exportstärke Deutschlands: Die deutsche Wirtschaft hat ihre derzeitige gute Stellung vor allem ihrer leistungsstarken Industrie zu verdanken. Deutschland verfügt nicht nur über eine solide industrielle Basis, sondern es ist ein attraktiver Forschungs- und Produktionsstandort geblieben. Trotz der wachsenden globalen Konkurrenz konnte die deutsche Industrie ihre Wettbewerbsstellung in den letzten Jahren auf der Weltbühne festigen. Die deutsche Industrie stellt die Maschinen und Waren her, die heute der Weltmarkt braucht. Sie profitiert von der stark wachsenden Nachfrage nach Investitionsgütern und industriellen Vorprodukten auf den

Weltmärkten. Der Aufstieg Chinas und anderer osteuropäischer bzw. asiatischer Länder ging eher zu Lasten anderer etablierter Industrieländer, hierzu zählen vor allem die USA.

Die deutsche Industrie hat ihren Erfolg darüber hinaus einer starken sektoralen Spezialisierung zu verdanken. Deutschland ist vor allem stark im Bereich der hochwertigen Technologie, hierunter fallen insbesondere der Maschinenbau und die Automobilindustrie, aber auch die chemische Industrie und die Elektroindustrie (vgl. Tab. 2). Sowohl die Exportanteile dieser Sektoren als auch die Wertschöpfungsanteile am Welthandel weisen deutlich auf Wettbewerbsvorteile Deutschlands in diesen Branchen hin. Mit dieser Spezialisierung gingen in der letzten Zeit eine zunehmende Ausrichtung auf wichtige Zukunftsfelder (z. B. erneuerbare Energien, Mobilität) und Wachstumsmärkte (z. B. nach China) einher. Die Bundesrepublik hat jedoch keineswegs ihre Stärken lediglich in hochwertigen Technologien. Gerade in ökologisch orientierten Technologien, die sich von neuen Formen der Energiegewinnung bis zu energieeffizienten Verfahren bzw. Maschinen erstrecken, hat sich Deutschland zum Teil als Weltmarktführer entwickelt.

7. Fazit

Wir stimmen der Diagnose der EU-Kommission zu: Entscheidender als die preisliche Wettbewerbsfähigkeit für Leistungsbilanzungleichgewichte in den vergangenen Jahren sind die

- fehlende Stärkung der Binnennachfrage in den Überschussländern aber auch
- eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur in den Krisenländern.

Die gängige Therapie passt aber nicht zur Diagnose. Alleine auf die Senkung der Lohnstückkosten in den Krisenländern zu gehen, reicht nicht aus und würgt dort nicht nur Importe sondern zusätzlich die Binnennachfrage ab.

In ihrer aktuellen Analyse attestiert die EU-Kommission Deutschland erneut zu geringe private und öffentliche Investitionen sowie eine schwache Konsumnachfrage. Diese Entwicklung trüge zu geringen Wachstumsraten bei und erkläre die Wachstumsschwäche.

Ihre Empfehlungen genügen allerdings unserer Einschätzung nach nicht, um dieses Ziel zu erreichen. So folgt die Kommission ihrer Tradition, die vor allem eine Stärkung der angebotsseitigen Wachstumsfaktoren im Blick hat, und schlägt vor (European Commission, MEMO/14/158, vom 5. März 2014, S. 6):

- Investitionen in Bildung und Anlagen,
- Stärkung des Arbeitsangebots,
- Effizienzförderung in allen Sektoren, einschließlich

einer weiteren Deregulierung des Dienstleistungssektors.

Immerhin wird auch erkannt, dass die Rückführung der Staatsverschuldung in Deutschland momentan über das mittelfristige Ziel hinaus zu gehen droht und sich deswegen negativ auf das Wachstum in Deutschland und Europa auswirken könnte (European Commission, MEMO/14/158, vom 5. März 2014, S. 6).

Wir sind davon überzeugt: In Europa brauchen wir eine integrierte Strategie, die sich im Wesentlichen um **ein anderes Investitionsklima** bemüht. Die Investitionsrückstände in Deutschland sind umfassend analysiert und belegt (vgl. DIW-Wochenbericht 26, 2013). Die Investitionsquote ist in Deutschland von 21,1 Prozent des BIP im Jahr 2000 auf 17,6 Prozent im Jahr 2012 gefallen. **Die Wachstumsschwäche in Deutschland und Europa und damit auch die Leistungsbilanzungleichgewichte überwinden wir nur, indem wir die Hemmnisse für private und öffentliche Investitionen beseitigen.**

Dazu gehören die folgenden Bausteine:

1. **Qualitatives Wachstum nachfrageseitig fördern:** Die schwache Binnennachfrage in den Überschussländern ist eine Folge der aktuellen **Austeritätspolitik** zur „Sanierung“ der Staatsfinanzen, zu der sich die Länder im Rahmen des Fiskalpakts verpflichtet haben. Dies umso mehr, als **Ausgabenkürzungen im Vordergrund der Sanierungsbemühungen** stehen und weniger die Konsolidierung zum Beispiel über eine **wachstumsfreundliche Steuerpolitik**, die die Konsumnachfrage nicht belastet.

Die auf Wachstum ausgerichtete **Geldpolitik der EZB** (niedrige Zinsen und Liquiditätszufuhr: expansive Geldpolitik) wird dadurch **in ihrer Wirkung gebremst**, dass gleichzeitig die Staatsausgaben gekürzt werden (kontraktive Fiskalpolitik) bzw. sich im Zuge der nur schwachen konjunkturellen Erholung nur wenig entwickeln. Das ist auch der Grund dafür, dass die Erholung länger auf sich warten lässt als nach vergangenen Krisen. Zwar spült die relativ gute konjunkturelle Lage in Deutschland und das Stopfen von Schlupflöchern für Steuerflüchtige dem Fiskus zunehmend Steuergelder in die Staatskassen, jedoch reichen die Mittel nicht aus, um die enormen Investitionsrückstände allein in der öffentlichen Infrastruktur aufzuholen.

Darüber hinaus dämpften eine schwache **gesamtwirtschaftliche** Entgeltentwicklung und eine ungleiche Einkommensverteilung (zugunsten höherer Einkommensgruppen) den privaten Konsum. Durch eine **gerechte Teilhabe der Beschäftigten** am Wohlstand (produktivitätsorientierte Lohnpolitik), die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von „**Normalarbeitsverhältnissen**“, die Stärkung der **Tarifbindung** und eine **Steuerpolitik**, die untere und mittlere Einkommen entlastet, könnte

über eine gestärkte Konsumnachfrage mehr Wachstum stimuliert werden.

Der staatliche Handlungsspielraum muss auf eine solidere Basis gestellt werden durch eine Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen. Die kürzlich vorgelegten Forschungsergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Vermögensverteilung in Deutschland belegen eine im internationalen Vergleich anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland (vgl. Grabka, 2014). Aus der Besteuerung höhere Einkommen und Vermögen könnten **Investitionen in die Infrastruktur** finanziert werden, die die Zukunftsthemen (wie z.B. die Energiewende und nachhaltige Mobilität) unterstützen. Der **DGB-Marshallplan** hat hierzu konkrete und realisierbare Vorschläge gemacht. Finanzierungsgrundlage des „Marshallplans“ ist eine Vermögensabgabe. Die steuerliche Belastung kann so gestaltet werden, dass die Konsumnachfrage nicht beeinträchtigt wird und erlaubt eine Sanierung der Staatsfinanzen, zu der sich die Bundesrepublik im Rahmen des Fiskalpaktes verpflichtet hat.

Zusätzlicher privater Konsum und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur führen **zu positiven Ertragserwartungen privater Investoren** und in der Folge bei niedrigen Zinssätzen zu privaten Investitionen in Produktionsstandorte. So wird Ersparnis in den Produktionsprozess eingeschleust und diffundiert nicht weiter (mangels rentabler Anlagemöglichkeiten) in den Finanzsektor in spekulative Blasen, die eine stabile wirtschaftliche Entwicklung gefährden.

Es muss unser Ziel sein, in Europa **qualitatives Wachstum** auch **nachfrageseitig** zu stärken, andernfalls ist absehbar, wie zunehmend Industriestandorte in anderen globalen Wachstumsräumen aufgebaut und aus Europa abgezogen werden.

2. **Stärkung der europäischen Industrie:** Die **Investitionsschwäche** befördert eine weitere De-Industrialisierung Europas. Trotz der politischen Diskussionen rund um eine **Re-Industrialisierung** Europas kann die Politik nicht die Augen davor verschließen, dass das **Ziel bis 2020 den Anteil der Industrie am europäischen Bruttoinlandsprodukt auf rund 20 Prozent zu steigern**, immer weiter in die Ferne rückt. Der Industrieanteil ist innerhalb eines Jahres von 15,5 Prozent auf 15,1 Prozent (Sommer 2013) weiter geschrumpft. In einigen Mitgliedsländern nimmt die De-Industrialisierung mittlerweile bedrohliche Ausmaße an. Nicht die deutschen Lohnstückkosten sind das Problem, sondern mangelnde **Innovationen bei Produktion und Produkten**.

Um die Industrie nachhaltig weiterzuentwickeln, werden nach wie vor die alten angebotstheoretischen Konzepte auf den Tisch gelegt, die ganz im Sinne der freien Entfaltung der Marktkräfte ausgelegt sind. Die Politik soll lediglich die ökonomischen Rahmen-

bedingungen verbessern, beispielsweise für niedrigere Steuern, den Abbau von Bürokratie oder für eine neue Gründungsoffensive sorgen und noch mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zulassen.

3. **Aktive koordinierte Industriepolitik:** Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Initiativen lassen kaum erkennen, was konkret zu mehr Wachstum und Investitionen führen soll. Einige Vorschläge, wie etwa die Förderung von Schlüsseltechnologien, sind zwar richtig, aber altbekannt. Im Endeffekt fehlt der Wille, für die Krisenländer ein **Investitions- und Aufbauprogramm aufzulegen**, das die finanzielle Grundlage bei der Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen ermöglicht. Heute scheitern viele gute Ideen daran, dass vor allem viele Kleinbetriebe die Vorfinanzierung aus eigener Kraft nicht stemmen können und die Banken ihnen den Zugang zum benötigten Finanzkapital verwehren. Das wäre die Aufgabe der **Europäischen Investitionsbank**, die sich bisher nicht in ausreichendem Maße engagiert hat. **Schwerpunkt der Investitionen sollte die ökologische Erneuerung** sein, die die Entwicklung zukunftsfähiger Branchen und Strukturen ermöglicht. Und gerade beim ökologischen Umbau der europäischen Industrie bieten die südeuropäischen Mitgliedstaaten Potenziale für Investitionen.

Das sonnenreiche Südeuropa weist die besten Voraussetzungen auf, **erneuerbare Energiequellen** zu erschließen, um darüber einerseits die Abhängigkeit von hohen Energieimporten zu reduzieren und andererseits die eigene Industrie im Bereich der Photovoltaik und der Windkraft zu positionieren. Gelingt dieser **industrielle Umbau**, so erreichen wir auch eine **intensivere Verknüpfung der industriellen Wertschöpfungsstufen in Europa**.

Auch das Bundeswirtschaftsministerium nimmt das aktuelle Prüfergebnis der EU-Kommission zum Anlass, um seinerseits auf die besondere Bedeutung der industriellen Stärke Deutschlands für den Exporterfolg hinzuweisen.

Ziel des BMWi ist es, auch auf EU-Ebene die industrielle Basis wettbewerbsfähig zu halten und auszubauen. Gleichzeitig will das BMWi mit den im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen die staatlichen Investitionen und die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärken und damit zum Abbau der Ungleichgewichte beitragen.

BMW-Pressemitteilung vom 5.3.2014

Diese Maßnahmen werden nur erfolgversprechend sein, wenn gleichzeitig der Weg einer weiteren politischen Integration gegangen wird. So müsste die Industriepolitik durch Ausgleichsmechanismen (im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) flankiert werden, um „benachteiligte“ Wirtschaftsregionen zu stützen

und soziale Notlagen, die durch Anpassungslasten entstehen, aufzufangen. Auf europäischer Ebene hat sich unter anderem die „Tommaso Padoa-Schioppa Group“ mit einer Fortentwicklung der Währungsunion befasst (vgl. Notre Europe 2012); und auch der Internationale Währungsfonds hat konkrete Vorschläge dafür entwickelt, wie dieser Prozess aussehen könnte (IWF 2013).

Für das Gelingen einer politischen Integration müssen die **demokratischen Kräfte** in Europa gestärkt werden. Wir können Europa **nur mit und niemals gegen die Menschen** gestalten.

Letzten Endes hieße das:

Die politische Union verwirklichen!

Literaturverzeichnis

DIW Wochenbericht 26 (2013): Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland, Berlin Juni 2013

Eichele, R.; Felbermayr, G.; Heiland, I. (2013): Der Wertschöpfungsgehalt des Außenhandels – Neue Daten, neue Perspektiven, in: ifo Schnelldienst 5/2013, S. 29 – 41

Europäische Kommission (2012): Current account surpluses in the EU, European Economy 9/2012

Europäische Kommission (2013): MEMO/13/970 2013

Europäische Kommission (2014): Speech – Statement by President Barroso on the European Semester 2014, Speech/13/912 13/11/2013

European Commission (2013): Communication from the Commission, Annual Growth Survey 2014, COM (2013) 800 final

European Commission (2014): MEMO/14/158

Grabka, M.; Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht Nr. 92014, S. 151-164

Herzog-Stein, A.; Joebges, H. Stein, U.; Zwiener, R. (2013): Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa – Arbeits- und Lohnstückkosten in 2012 und im 1. Halbjahr 2013, IMK Report 88, Dezember 2013

IMF (2013): Toward a Fiscal Union for the Euro Area, IMF Staff Discussion Note, September 2013, SDN/13/09

Notre Europe (2012): Completing the Euro – A road map towards fiscal union in Europe – Report of the „Tommaso Padoa-Schioppa Group“, Studies and Reports 92, Bruxxels 2012

Rat der Europäischen Union (2013): Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013, COM (2013) 355 final

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

01 / 2014

6. März 2014

Autoren:

Beate Scheidt unter Mitarbeit von Astrid Ziegler

Grafiken:

Sandra Naumann, Beate Scheidt

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Ressort Industrie-, Struktur- und Energiepolitik

Sarah Menacher

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 - 2091

Fax : +49 (69) 6693 80 2091

Web: www.igmetall.de/download

Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte Email an: sarah.menacher@igmetall.de